wa und Andrea Pokludová beschreiben die Funktion von „trennende[n] und verbindende[n] Denkmäler[n]“ (S. 295) anhand von Gedenkstätten für Joseph II. und Hans Kudlich in Böhmen, mit denen u.a. die nationale Identifikation der deutschen Bevölkerung manifestiert werden sollten. Während diese in der Tschechoslowakei nach 1918 als anstößig erschienen, wurden sie nach 1989 erneut gewürdigt und gelten heute als „Teil eines kulturellen Erbes, das die gegenwärtigen und vergangenen Bewohner der Regionen verbinden kann“ (S. 316). Ryszard Kaczmarek beschäftigt sich mit den Denkmälern für die Schlesischen Aufstände in der Schlesienschen Woiwodschaft 1922-1939, insbesondere mit deren Bedeutung als Instrumente der politischen Auseinandersetzung, als Erinnerungsorte sowie als Kunstwerke. Dabei beleuchtet er verschiedene Etappen des Umgangs mit den Aufständen, in denen sich deren Bedeutung von der Erinnerung über eine Politisierung hin zu einer Heroisierung wandelte. Magdalena Abraham-Diefenbach und Juliane Tomann beschäftigen sich in ihrem Beitrag mit Ansatz und Umsetzung des Konzepts des Instituts für angewandte Geschichte, das es sich in Frankfurt (Oder) und Słubice zur Aufgabe gemacht hat, sich mit der geteilten Geschichte auseinanderzusetzen und dabei das Verständnis der Bevölkerung für die Perspektive des jeweils anderen zu öffnen.

Auch wenn sich die in der Tagung präsentierten Fallbeispiele über ein weiträumiges Gebiet erstrecken, werden diese auch zeitlich weit gestreuten Themenfelder durch ihr gemeinsames Forschungsinteresse – der Auswirkung von Teilungen auf Entstehung und Struktur von regionalem Gedächtnis – thematisch miteinander verbunden. So findet der an Ostmitteleuropa interessierte Leser bemerkenswerte Arbeiten zu weiteren europäischen Gebieten, was ihm eine differenzierte Betrachtung von ethnisch oder national motivierten Problematiken in Grenzräumen ermöglicht. Die Stärke des Netzwerks, und damit wohl auch des Bandes, liegt in seiner konsequenten Interdisziplinarität sowie dem Rückgriff auf eine Vielfalt methodischer Herangehensweisen. Dadurch werden zahlreiche Perspektiven auf das Untersuchungsfeld „Narrative und Geschichtsbilder von Grenzregionen“ erst ermöglicht. Die Leserschaft darf also gespannt sein auf den Folgeband, der die Tagung „Region – Staat – Europa. Regionale Identitäten unter den Bedingungen von Diktatur und Demokratie in Mittel- und Osteuropa“ dokumentieren wird.

Ulm

Felicitas Söhner

Kateřina Čapková, Michal Frankl: Unsichere Zuflucht. Die Tschechoslowakei und ihre Flüchtlinge aus NS-Deutschland und Österreich 1933-1938. (Reihe Jüdische Moderne, Bd. 13.) Böhlau, Wien u.a. 2012. 327 S., Ill. ISBN 978-3-412-20925-4. (€ 39,90.)

In den Jahren nach der nationalsozialistischen Machtergreifung haben zahlreiche deutsche Politiker und Intellektuelle in Prag Zuflucht gefunden. Viele von ihnen konnten dort ihre Tätigkeit fortsetzen und weiterhin schreiben, Zeitschriften herausgeben und antifaschistische Agitation betreiben. Deren Erinnerungen haben die Vorstellung von der Tschechoslowakei als Zufluchtsstätte geprägt. Es ist das Verdienst Kateřina Čapková und Michal Frankls, nun ein sehr viel genaueres Bild von der Lage der NS-Flüchtlinge in der Tschechoslowakei zu zeichnen. Beide sind in Prag tätig; Č. als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Zeitgeschichte der Tschechischen Akademie der Wissenschaften und F. als Leiter der Abteilung der Geschichte der Shoah am Jüdischen Museum. Anhand einer quellengesättigten Untersuchung nehmen sie nun auch die Schicksale der bislang unbeachteten Flüchtlinge in den Blick und korrigieren dabei tradierte Fehleinschätzungen. Ihre Studie stützt sich auf Archivmaterialien aus der Tschechischen Republik, aus Israel, Deutschland, Österreich, den USA und der Schweiz sowie auf zeitgenössische Presse und natürlich auf die Erfahrungsberichte mehr oder weniger bekannter Emigranten. Nach der Einleitung geht es im Kapitel „Wohlvollende‘ Flüchtlingspolitik“ zunächst um die historischen und rechtlichen Voraussetzungen; das Kapitel „Hilfe und Ohnmacht“ erzählt von der Tätigkeit der Flüchtlingskomitees; „Rassisch verfolgte oder Wirtschaftsemigranten?“ – unter dieser Überschrift geht es sodann um den Umgang mit den jüdischen Flüchtlingen.

Schließlich handelt das letzte Kapitel vom „Ende des Exils in der Tschechoslowakei“. Es zeigt sich dabei, dass das Zeugnis der prominenten Flüchtlinge zu einer allzu positiven Einschätzung der Lage der NS-Flüchtlinge geführt hat.

Die Vorstellung, die Tschechoslowakei habe eine sichere Zuflucht für die von den Nationalsozialisten bedrängten Linken und Juden dargestellt, wurde auch von dem Kreis um den Gründungspräsidenten Tomáš Masaryk und seinen Vertrauten und Nachfolger Edvard Beneš (die sog. „Burg“) geprägt, die selbst im Ersten Weltkrieg aus dem Exil heraus für die Unabhängigkeit der Tschechoslowakei gewirkt hatten und sich nun gern als weltoffen darstellten. Tatsächlich gab es jedoch in der Tschechoslowakei kein gesetzlich verankertes Asylrecht. Die Flüchtlingspolitik hatte ihren Ursprung im Umgang mit denjenigen, die während des Russischen Bürgerkriegs und später aus den Gebieten der Sowjetunion geflüchtet waren. Die Gewährung von Asyl für die NS-Flüchtlinge war vor diesem Hintergrund häufig von guten Beziehungen abhängig und oblag ansonsten dem Ermessen der damit befassten Behörden. Dabei verstand sich das Land als Transitland: Man ging also davon aus, dass die Flüchtlinge von der Tschechoslowakei aus in ein Drittland auswanderten, und erteilte ihnen deshalb keine Arbeitserlaubnis. Zudem investierte die Regierung kein Geld in die Flüchtlingshilfe. Die Hilfskomitees waren vielmehr auf Spenden angewiesen, wobei das Jüdische Hilfskomitee oft auch für politische Flüchtlinge jüdischer Herkunft aufkommen musste. Die weitaus meisten Flüchtlinge blieben somit auf derartige Zuwendungen angewiesen. Aufgrund der schnell einsetzenden Finanznot wurde die Qualität der Unterkünfte jedoch immer schlechter, und die gezahlten Geldmittel reichten bei weitem nicht für das Existenzminimum. Auch die medizinische Versorgung stellte häufig ein Problem dar. Insbesondere litten die Betroffenen unter dem Arbeitsverbot. Die Behauptung, Flüchtlinge gingen einer unerlaubten Tätigkeit nach, führte immer wieder zu Aufregung in der Presse und teilweise auch zu Ausweisungen. Dabei war namentlich die konservative Presse von zahlreichen, auch antisemitischen Ressentiments geprägt und schürte vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise die Angst vor „Überfremdung“. Die deutschen Juden, denen Arbeitsmöglichkeiten und Vermögen genommen worden waren, wurden in diesem Kontext als Wirtschaftsemigranten eingestuft. Nur sehr wenige und vor allem die prominenten Flüchtlinge erlangten die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft und konnten sich frei betätigen. Während die übrigen, wohlhabenden Flüchtlinge häufig das Land nach einigen Wochen wieder verließen, waren es gerade die Ärmeren, die in die Tschechoslowakei flohen – auch weil dort die Lebenshaltungskosten geringer waren als in anderen Aufnahmeländern – und von dort nicht weiterkamen. Bevor Großbritannien im Sommer 1940 (nach der Niederlage Frankreichs) auch die Einreise nach Palästina stoppte, waren zahlreiche Juden – zunehmend auch solche, die sich nicht als Zionisten verstanden – nach der Absolvierung landwirtschaftlicher und handwerklicher Kurse mit den Mitteln des Jüdischen Hilfskomitees dorthin in Sicherheit gebracht worden. Die Sowjetunion nahm bis auf eine einmalige Aktion 1934 auch die kommunistischen Flüchtlinge nicht auf.

Alle weiteren Ansätze, das Elend international zu lösen, wurden zunehmend von den Bestrebungen der einzelnen Länder unterlaufen, selbst möglichst wenige Flüchtlinge aufzunehmen. Auch die Tschechoslowakei machte hierbei keine Ausnahme. Nach dem Anschluss Österreichs wurde dort sogar ein generelles Einreiseverbot für Juden erlassen. Schon zuvor waren immer wieder Menschen zurückgeschickt worden, die von den Nationalsozialisten einfach über die Grenze gejagt worden waren. Dies betraf nunmehr tausende von Juden, die u.a. versuchten, durch die Tschechoslowakei nach Polen zu gelangen. Von besonderer Tragik war dabei das Schicksal der sog. „Ostjuden“, die aus Deutschland kommend wegen ihrer polnischen Staatsangehörigkeit von vornherein nicht als Flüchtlinge anerkannt und daher häufig zurück oder eben nach Polen abgeschoben wurden. Ebenfalls unerwünscht waren kommunistische Flüchtlinge. Besonders bedrückend ist dabei die Tatsache, dass die kommunistischen Funktionäre ihre eigenen Genossen verrieten, wenn diese von der stalinistischen Linie abwichen und zudem die Hilfskomitees systematisch unterwanderten. Diese Komitees hatten das Recht, vorläufige Aufenthaltsgenehmigungen aus-

zustellen. Dabei achteten sie besonders auch darauf, dass sie keine Spitzel unterstützten; dies jedoch gelang längst nicht immer. Nach dem Münchner Abkommen nahm die Zahl der Flüchtlinge – nunmehr als den abgetrennten „sudetendeutschen“ Gebieten – weiter zu. Mit der Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren war dann endgültig klar, dass die Tschechoslowakei kein sicheres Land mehr darstellte. Auch andere europäische Staaten gingen nunmehr davon aus, Flüchtlinge von dort aufnehmen zu müssen. Offenbar im Zuge einer Verständigung mit den Deutschen war in der Sudetenkrise damit begonnen worden, die Flüchtlinge auf dem Land in Lagern zusammenzufassen, u.a. um sie an der politischen Agitation zu hindern; dieser Plan wurde dann aber wohl aus Desinteresse wieder aufgegeben. Neben den registrierten gab es auch zahlreiche Flüchtlinge, die ohne gültige Papiere über die Grenze gekommen waren. Trotz einer hohen Dunkelziffer geht die Studie jedoch davon aus, dass sich zu keinem Zeitpunkt mehr als 4000 Flüchtlinge aus Deutschland in der Tschechoslowakei aufhielten.

Insgesamt zeichnet die Studie ein weitaus weniger rühmliches Bild von der Tschechoslowakei als das bislang tradierte. Wichtiger aber ist die Tatsache, dass sie den Blick auf das Schicksal der vielen Flüchtlinge richtet, die an ihrer Zufluchtstätte mehr als bedrängt gelebt haben und von denen viele später in den Konzentrationslagern umgekommen sind. Dies wird u.a. durch zahlreiche Einzelschicksale demonstriert, die in den Kapiteln immer wieder eingefügt sind. Das Werk verfügt zudem über einen ausführlichen Index. Es ist damit grundlegend für die Geschichte des Nationalsozialismus und sollte in keiner einschlägigen Bibliothek fehlen.

Regensburg

Natali Stegmann

Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945. Bd. 3: Deutsches Reich und Protektorat Böhmen und Mähren, September 1939 bis September 1941. Bearb. von Andrea Löw. Hrsg. von Susanne Heim, Ulrich Herbert, Hans-Dieter Kreikamp, Horst Möller, Gertrud Pickhan, Dieter Pohl, Hartmut Weber und Andreas Wirsching. Oldenbourg. München 2012. 796 S., Kt. ISBN 978-3-486-58524-7. (€ 60,-)

Schriftdenkmal für die durch das nationalsozialistische Deutschland ermordeten Juden und wissenschaftliche Dokumentation dieser Verbrechen zu sein: Das sind die Anliegen der Quellenedition VEJ. Von den insgesamt sechzehn geplanten Bänden sind mittlerweile sechs erschienen. Der hier vorliegende dritte Band umfasst für das Deutsche Reich die beiden Jahre ab Kriegsbeginn im September 1939 und greift für das Protektorat Böhmen und Mähren etwas weiter zurück, nämlich in den März 1939, als deutsche Truppen in die Tschechoslowakei einmarschierten. Neben Quellen mit regionalen Bezügen zum Reich und zum Protektorat finden sich solche, die für die Geschichte der Shoah insgesamt zentral sind, weil der Band auch Dokumente zur Genese der „territorialen Endlösung“ (Dok. 89; siehe auch Dok. 125, 138 und 167) im Kontext von NS-Siedlungsplänen (Dok. 126) sowie zum Madagaskarplan (Dok. 92, 94, 99 und 101) versammelt. Deutlich wird ferner, dass etwa die Ermordung jüdischer psychisch Kranker in Chełm (Dok. 173) oder die Erschießung von 12 000 Juden in Lemberg (Dok. 195) in Form von Gerüchten bekannt war.

Doch beschränken sich die zusammengestellten Quellen nicht auf Verwaltungsschriftgut. Vielmehr versammelt auch dieser Band in der bereits von der VEJ bekannten Art und Weise eine Vielzahl von Dokumenten unterschiedlicher Herkunft, so dass Zeitzeugenbericht neben Verwaltungsanordnung steht und ein privater Brief auf einen Zeitungsartikel folgen kann. Was auf den ersten Blick willkürlich erscheinen mag, fügt sich in der chronologischen Anordnung in ein eigenes Narrativ. Auch zeigt gerade dieses Verfahren, wie unübersichtlich die Situation für die Betroffenen war, die sich auf die häufig in schneller Folge ergehenden Maßnahmen einzustellen versuchten und deren immer verzweifelter werdenden Bemühungen um Ausreise oft viel mehr Zeit beanspruchte als ihnen ihre Verfolger zubilligten.